

SPD Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

Ratssitzung 15.12.2012

TOP 5.2. Haushaltswirtschaft 2017

Haushaltssatzung der Stadt Rietberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

Zur allgemeinen Haushaltslage

In den vergangenen Jahren drehte sich bei den Haushaltsplanberatungen alles darum, wie man die Haushaltssicherung vermeiden kann. Haushaltskonsolidierung war das vorherrschende Thema.

Davon ist in diesem Jahr nicht mehr die Rede. Wir werden nicht in die Haushaltssicherung kommen und in absehbarer Zeit Schwarze Zahlen schreiben! Das ist ein Erfolg!

Die Gründe hierfür sind: die gute, robuste wirtschaftliche Lage, die sprudelnden Gewerbesteuerereinnahmen und auch das sparsame Wirtschaften der Stadt. Die Haushalts Ag hat ihren Arbeitsauftrag erfüllt. Es wurden einige Sparpotentiale aufgezeigt, die realisiert werden konnten. Dabei haben wir darauf geachtet, dass die Daseinsvorsorge für die Bürger nicht wesentlich verschlechtert wurde.

Dann haben wir uns die Einnahmeseite angeschaut und waren der Meinung, dass die strukturellen finanziellen Probleme mittel- und langfristig nicht zu lösen sind, wenn wir die Gewerbesteuer nicht erhöhen. Dies ist zum größten Teil mit Zustimmung der Gewerbetreibenden geschehen und wir möchten an dieser Stelle dem Bürgermeister und dem Kämmerer danken. Sie haben die Notwendigkeit der Steuererhöhung ausgezeichnet mit denjenigen kommuniziert, die zur Kasse gebeten werden.

Die CDU/FDP Fraktionsgemeinschaft sieht das anders.

Vor zwei Jahren haben sie uns von der CDU vorgerechnet, wir könnten 50 Mitarbeiter einsparen. Im vergangenen Jahr wollten sie uns vorrechnen, die Investitionen in die Sanierung der beiden Rathäuser sei eine Fehlinvestition. Nachdem wir gemeinsam eine Baustellenbesichtigung gemacht haben und

gesehen haben, dass wir ideale, hochwertige und preiswerte Büroräume bekommen, hat sich ihre Ansicht scheinbar geändert. Jetzt rechnet sich für Sie der Bau eines Parkdecks nicht! Vielleicht müssen wir mal eins besichtigen.

Weiter bitten wir die CDU eindringlich die immer um diese Jahreszeit aufkommende politische Aschermittwochrhetorik bei den CDU Jahreshauptversammlungen der Ortsteile zu unterlassen. Was Sie, Herr Talarico und Sie Herr Kaller in diesem Jahr wieder in Bokel losgelassen haben, ist blanker Hohn: Die Haushalts Ag habe außer Steuererhöhungen nichts zustande gebracht, der Bürgermeister sei nur ein Ankündigungsbürgermeister! Sie wissen, dass das nicht stimmt.

Die FWG hat sich einen Experten vom Bund der Steuerzahler zur Beratung des Haushaltsentwurfs eingeladen. Der hat der FWG geraten: Zitat laut RSA vom 1.12.2016: „Sie (der Rat) sollten sich überlegen, weiter in die Infrastruktur zu investieren um letztlich noch mehr Einnahmen zu generieren und weiterzuwachsen.“ Unsere Investitionen sind ausgerichtet auf zukünftiges Sparen oder zukünftige Einnahmen. Unser Engagement für das Parkdeck heißt nichts anderes. Unser Engagement für Stadtwerke beinhaltet genau das, was der Experte vom Bund der Steuerzahler der FWG ins Stammbuch geschrieben hat. Und die Leute vom Bund der Steuerzahler sind ja eigentlich nicht dafür bekannt, dass die dazu auffordern Steuergelder zu verschwenden. Die CDU spricht von Luxusausgaben, sie lässt aber offen welche das sind. In Erinnerung möchte zwei die Jahresergebnisse der vergangenen Jahre rufen. Im Jahresergebnis von 2010 hatten wir unter Bürgermeister Kuper und Mehrheit der CDU ein Minus von 3,1 Mio zu verzeichnen. Im Jahre 2014 unter Bürgermeister Sunder und der Mehrheit von FWG/SPD/Grüne zeigt das Jahresergebnis uns ein Plus von 172 000 €! Soviel nur zu den Luxusausgaben!

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich einige Schwerpunkte unserer Politik darlegen:

Wir wollen eine Kommunalpolitik **der sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und demokratischen** Vernunft

Bezahlbarer Wohnraum

Ein sehr wichtiges Ziel unserer Kommunalpolitik ist die Schaffung von finanzierbaren Wohnungen. Wir wollen, dass alle Menschen das Wohnen bezahlen können.

Wir haben in dem Produkt Immobilienverwaltung 2 000 000€ für den Erwerb von Grundstücken vorgesehen. Das wird uns die Möglichkeit geben, genügend Grundstücke zu erwerben um weiterhin Flächen für den frei

finanzierten und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Das Land NRW ist mit Anreizen für Investoren bundesweit Vorreiter, so dass der soziale Wohnungsbau trotz der niedrigen Zinsen wieder mindestens so rentabel wird wie der frei finanzierte Wohnungsbau. Gerade in diesen Zeiten dürfen wir nicht zulassen, dass Bürger, die preiswerten Wohnraum suchen, gegen Flüchtlinge ausgespielt werden, wie es die Populisten machen.

Wir wollen allerdings auch, dass Geflüchtete menschenwürdig untergebracht werden, deshalb haben wir kein Verständnis für den Antrag der CDU in der Schul- und Sozialausschusssitzung an den Außenanlagen der Übergangwohnheime von Rottwiese und Sandfeldstraße Streichungen vorzunehmen. Je gepflegter die Wohnanlagen auch in ihrem Umfeld sind umso weniger Probleme werden wir mit Nachbarn bekommen und umso besser wird Integration gelingen.

Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

Wir wollen weitermachen mit der Umstellung auf LED. Jede Leuchtstelle der Stadt muss umgerüstet werden, denn Energieeinsparen ist immer noch die beste Alternative Energiequelle. Wir bitten die Fachabteilung im Rathaus in einer der ersten Sitzung des BPVA im nächsten Jahr uns mitzuteilen, was in diesem Bereich noch geleistet werden muss

Klimaschutzsiedlung:

Wir möchten, dass die Klimaschutzsiedlung mit den Festsetzungen für energieeffizienteres Bauen so realisiert wird, wie von den Planern vorgeschlagen. Die CDU konnte es nicht sein lassen im Umwelt- und Klimaausschuss mal wieder wie in den vergangenen Jahren an unseren Klimazielen Kritik zu üben. Ihnen ist das zuviel des Guten. Die CDU ist der Meinung, man solle z. B. den Zuschuss von 6000€ für ein Passivhaus streichen, weil alle Steuerzahler diesen Zuschuss bezahlen müssten. Sie beweisen mal wieder, dass Sie die Idee der Bezuschussung innovativer und zukunftsweisender Technologie nicht begriffen haben. Wer bezahlt denn und mit welcher Absicht die von der Bundesregierung beschlossene Bezuschussung von 5 000 € für ein e- mobil?

Gartenschaupark

Das Markenzeichen Rietbergs neben der Altstadt ist der Gartenschaupark. Er hat die Strahlkraft der Marke Rietberg noch mehr erhöht. Es war richtig auf dieses Markenzeichen zu setzen und die Transferaufwendungen auf 600 000 € zu erhöhen, weil so langfristig der Park seine hohe Qualität behalten kann.

Parkhaus

Damit aber unsere Gäste, die den Park besuchen, ihn auch bequem erreichen können, bauen wir ein Parkdeck. Wie groß es wird, werden genaue Berechnungen ergeben. Es ist auf jeden Fall eine lohnende Investition.

Fachmärkte an der Westerwieher Str.

Wir sehen die Nachteile für das Gewerbe in der Altstadt: die Läden sind oft sehr klein und denkmalgeschützt, die Straßen sind eng und für den Anlieferverkehr ungünstig. Es gibt die Tendenz zur Despezialisierung, die auf großzügig angelegte Märkte außerhalb der Innenstadtlagen setzt. Dagegen setzen wir auf den Charme unsere Altstadt und auf Spezialisierung. Unsere historische Altstadt ist das Pfund, mit der wir wuchern können. Sie ist das Pfund der Marke „Rietberg“.

Wenn das COC realisiert wird, können wir die Ansiedlung von Fachmärkten gelassener sehen. Für einzelne Segmente, wie z. B Sportartikel mag es eine Bereicherung für das Angebot in der gesamten Stadt sein. Für andere Segmente ist die Ansiedlung von Fachmärkten ruinös für das Zentrum.

ÖPNV - Funticket – Schülerticket

Sehr sorgfältig und mit großer Euphorie haben wir in diesem Jahr den Antrag gestellt, ein Schülerticket einzuführen. Da der Kreis und VVOWL das s. g. Funticket plant, werden wir die Weiterverfolgung zur Einführung des Schülertickets vorerst zurückziehen. Wir verfolgen, wie sich das Funticket entwickelt und werden dann zur gegebenen Zeit die Einführung des Schülertickets wieder beantragen. Unser Ziel dabei ist den ÖPNV nachhaltig in Rietberg zu stärken, denn wir wollen, dass auch die Ortschaften Westerwiehe und Druffel an den ZOB und damit an den ÖPNV angeschlossen werden. Notwendig als erster Schritt ist die Übernahme des Schülerspezialverkehrs durch den ÖPNV in den nächsten Jahren.

Zu Diskussion Schulneubau von Gesamtschule und Gymnasium

Der Neubau für die Oberstufe der Gesamtschule ist von uns einstimmig beschlossen und wird gebaut, obwohl die CDU durch ihre Forderung alternative Lösungen zu prüfen für Unruhe gesorgt hat. Wir sind da skeptisch. Die Asbestproblematik ist auch mit einem Abriss der Gebäude nicht aus der Welt geschafft. Wir werden mal abwarten, zu welchen Ergebnissen die Berechnungen der Verwaltung führen.

Emsweg

Wir werden nicht ruhen, bis der Emsweg geöffnet wird und Herr Tenge Rietberg wird unsere Zustimmung zu Planungsvorhaben auf dem

Schlossgelände nicht bekommen, wenn er uns durch Öffnung des Emswegs nicht entgegenkommt.

Wirtschaftswege

Uns ist allen klar, dass wir bei der Unterhaltung unserer Wirtschaftswege Nachholbedarf haben. Der Haushaltsansatz für 2017 wird nicht reichen. Wir bitten die Verwaltung für das nächste Jahr das Wirtschaftswegekonzept weiter zu entwickeln, damit wir Klarheit haben, wer und in welchem Maße die Nutzer unserer Wirtschaftswege sind. Mit dem Konzept wissen wir, wie viel Geld wir benötigen.

Transparenz in der Kommunalpolitik

Herr Sunder, Sie haben Transparenz in die Kommunalpolitik gebracht. Ich erinnere an die öffentlichen Veranstaltungen zum Haushaltsplan und an die breite Beteiligung zur Erhöhung der Transferleistungen für den Gartenschaupark. Ich erinnere daran, wie Sie das COC in breitester Öffentlichkeit kommuniziert haben. Das ist genau der richtige Weg. Wir müssen die Bürger mitnehmen. Man kann es zwar nicht jedem recht machen, aber die Entscheidungswege und dann die demokratischen Abstimmungen der Kommunalpolitik müssen für jeden interessierten Bürger nachvollziehbar und transparent sein.

Zusammengefasst sind dies unsere Ziele für das nächste Haushaltsjahr:

- wir wollen die Haushalts AG weiterführen, weil wir die Arbeit in diesem Gremium für sehr wichtig ansehen, damit kommunalpolitisches Handeln zwischen Verwaltung und Politik transparent ist;
- wir werden unkonventionelle Wege vorschlagen und mitgehen, in Rietberg bezahlbaren Wohnraum zu schaffen;
- wir werden mithelfen, dass den bei uns angekommenen Geflüchteten ein gastfreundschaftliches Zuhause geschaffen wird;
- an den Zielen des Klimaschutzes werden wir festhalten und den Masterplan „100% Klimaschutz“ weiter voranbringen;
- wir werden darauf drängen, dass die Planung für das Parkdeck am COC in 2017 abgeschlossen wird, weil die Innenstadt, die Schulen, die Cultura und der Gartenschaupark dieses Parkdeck brauchen und es eine lohnende Investition ist;
- an unserer Bildung werden wir nicht sparen und wir wollen am jetzigen Standort unserer beiden weiterführenden Schulen festhalten und dieses Gelände nicht für einen großflächigen Parkplatz opfern;
- von unserem Ziel, den Emsweg zu öffnen, werden wir nicht abweichen;
- nach Fertigstellung des anstehenden Wirtschaftswegekonzeptes setzen wir uns dafür ein, dass die notwendigen Mittel für die Erneuerung der Wirtschaftswege bereitgestellt werden;

- den Bürgermeister unterstützen wir in seinem Bemühen, die Kommunalpolitik noch transparenter zu machen und dazu werden wir eigene Anträge einbringen!

Zum Stellenplan

Wir stimmen dem Stellenplan zu. Wir stellen fest, dass das Betriebsklima in der Verwaltung gut ist wie seit Jahren nicht mehr. Und jeder weiß, wenn das Betriebsklima gut ist, wird auch gut gearbeitet. Personalrat und Verwaltungsspitze arbeiten hervorragend miteinander. Wir danken allen Mitarbeitern der Stadt für ihre Leistungen und ihre hervorragende Arbeit. Wir wissen ihre Arbeit zu schätzen.

Aber ganz besonders danken wir unserem Kämmerer und Beigeordneten Dieter Nowak. Dieter, wir verabschieden heute Deinen letzten und so meinen wir sehr zufriedenstellenden Haushaltsplan 2017. Du hast in den vergangenen Jahren sorgsam über unsere Finanzen gewacht und dafür ist der Rat, ja die gesamte Stadt dir zu großem Dank verpflichtet.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplanentwurf mit den Anlagen, so wie er uns heute mit den eingebrachten Änderungen vorliegt, zu.

Für die SPD Fraktion

Gerd Muhle

(es gilt das gesprochene Wort)